

NFA ist ein historischer Kompromiss

Es ist unbestritten: Der Kanton Graubünden braucht dringend einen neuen Finanzausgleich und eine Entflechtung der Finanzströme. Der heutige Finanzausgleich stammt aus dem Jahr 1958 und setzt völlig falsche Anreize. Sparsame Gemeinden werden bestraft und die öffentlichen Mittel werden nicht effizient eingesetzt.

Auch die Gegner der Bündner NFA erkennen die Notwendigkeit einer Neuordnung und stimmen den Zielen der Bündner NFA zu. Sie fordern aber, dass die Vorlage jeweils in ihrem Bereich angepasst werden müsse. In ihrem Bereich dürfe nichts verändert werden. Das Stimmvolk müsse die Vorlage in der jetzigen Abstimmung «einfach» nochmals zur Überarbeitung zurückweisen. In der nächsten Abstimmung könne man dann den notwendigen Reformen getrost zustimmen.

Tatsächlich ist die Bündner NFA aber ein sorgfältig austariertes Gesamtprodukt. So lassen sich einzelne Teile, beispielsweise der Schul- und Sozialbereich, nicht einfach aus der Reform herausbrechen. Die Bündner NFA ist das Ergebnis von jahrelangen Diskussionen und Verhandlungen. Wenn einzelne Verbände ihre Interessen nochmals einbringen wollen, verlangen alle anderen das gleiche Recht. Das erneute Zerlegen des Projekts in Einzelteile bedeutet ein «zurück zum Start». Ein Nein in der kommenden Abstimmung bringt deshalb das ganze Vorhaben zu Fall.

Die Regierung, das Parlament, die Verwaltung sowie die Parteien und Verbände haben gewaltige Anstrengungen zur Erarbeitung der Bündner NFA unternommen. Hinter dieser sehr gewissenhaft ausgearbeiteten Vorlage stehen die Regierung, der Grosse Rat und alle politischen Parteien mit Ausnahme der SP. In die Parlamentsdebatte sind nochmals alle wichtigen Anliegen der Gemeinden und Interessengruppen eingeflossen.

Darum hat der Grosse Rat der Vorlage auch mit sehr grosser Mehrheit von 88 zu 22 Stimmen zugestimmt. Mit einer Ablehnung würde ein historischer Kompromiss und eine breit abgestützte Reform von grosser Tragweite für den Kanton Graubünden den Eigeninteressen einzelner Verbände zum Opfer fallen. Der Preis wäre eine jahrelange Blockade der Entwicklung im Kanton Graubünden.

Reto Nick, Grossrat, Igis